



Karl Koller

Herausforderung Islamisierung

(erschieden in *Maximiert* – 12/2016 – Verbindungszeitschrift der K.Ö.H.V. Maximiliana Linz im ÖCV)

Wie kann Europa seine kulturelle Identität und seine Errungenschaften, insb. die der Aufklärung und die der Gleichberechtigung der Geschlechter bewahren?

Spätestens seit der völlig unkontrollierten Massenzuwanderung vor einem Jahr sollte uns allen klar geworden sein, dass wir in Österreich wie in Europa vor völlig neuen Herausforderungen stehen, die neue Antworten benötigen – pragmatische Antworten, jenseits der ideologischen Positionierungen früherer Jahrzehnte. Auch der CV muss heraus aus den ideologischen Gräben der siebziger Jahre!

Wenn diese Ausgabe von "Maximiert" in Deinen Händen ist, wird wohl bereits ein neuer Bundespräsident gewählt sein – und erstmals wird es eine Person sein, die weder von den Sozialdemokraten noch von der bürgerlichen ÖVP nominiert wurde. Norbert Hofer hat dann die Wahl entweder wieder knapp verloren oder er ist gewählter Bundespräsident. Dass ein Kandidat der Nationalen bereits beim ersten Wahlgang 35% erreichte und im zweiten Wahlgang knapp über oder unter 50% landet, zeigt, dass die FPÖ, aber nicht nur sie, sondern viele der rechten Parteien Europas über ihr klassisches Potential primitiver Ausländerfeindlichkeit hinausgewachsen sind und sukzessive mehrheitsfähig werden.

Diese Erosion der politischen Mitte – sichtbar auch in der Polarisierung zwischen einem FPÖ-Kandidaten und einem Kandidaten der Grünen, einer Partei die in vielem ideologisch links der SPÖ steht – hat ganz konkrete Ursachen. Die wesentlichste ist die schleichende Islamisierung – die lange von Bürgerlichen wie Sozialdemokraten und erst recht den Grünen ignoriert und wo besorgte Bürger des Rassismus bezichtigt wurden. Linke und Bürgerliche steckten in den ideologischen Schemata der 90er-Jahre fest – in denen sich eine primitive Ausländerfeindlichkeit gegen Osteuropäer breit gemacht hatte, die in Österreich massiv von der FPÖ geschürt worden war. Dass es hier nicht um Rassismus geht, sondern um die kulturelle Identität Europas und um dessen fortschrittliche Werte, wurde verkannt. Es wurde verkannt, dass wir uns heute in ganz Westeuropa in einem Kulturkampf befinden, der in der islamischen Welt bereits seit Jahrzehnten tobt: Säkularismus versus Islamismus. Diese Ignoranz von Linken und Bürgerlichen hat das Wählerpotential der Rechtspopulisten massiv vergrößert. Die Thematik darf aber nicht den rechten Parteien überlassen werden – die Verteidigung von Aufklärung und Frauengleichberechtigung muss ein zentrales Anliegen der bürgerlichen Mitte wie auch der linken Parteien sein!

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier konkrete Fehlentwicklungen benannt:

- Die Verhüllungsideologie – vom Kopftuch bis zu Niqab und Burka: Wie Frauenrechtlerinnen aus dem islamischen Kulturkreis immer wieder betonen, ist der Kern dieser Ideologie, dass die Frau vor allem als Sexualobjekt gesehen wird. Unverheiratete Mädchen und Frauen gelten als "Eigentum" ihrer Familie, wobei die ganze "Ehre" der Familie von der Jungfräulichkeit der Töchter abhängt – daher müssen die Mädchen von den Brüdern überwacht werden und sich verhüllen, um ja diese "Ehre" nicht zu gefährden. Später sind die Frauen dann "Eigentum" ihres Mannes, sie müssen sich verhüllen, damit sie kein anderer Mann attraktiv finden kann. Unverhüllte Frauen gelten radikalen Muslimen als nicht ehrenhaft, ja als Huren, womit wir beim zweiten Punkt wären.

- Seit der Massenzuwanderung im vorigen Jahr haben wir ein massives Problem mit männlichen Migranten aus diversen islamischen Ländern. Diese Migrantengruppen fallen nicht nur durch eine Ablehnung europäisch-westlicher Wertvorstellungen und den Rückzug in Parallelgesellschaften auf, sondern auch durch massive sexuelle Übergriffe, bis hin zu Vergewaltigungen. Vorerst schrecklicher Höhepunkt war die Silvesternacht in Köln, aber auch in anderen deutschen und österreichischen Städten, wo organisiert Jagd auf Frauen gemacht wurde. Auch seither liest man immer wieder von Übergriffen vor allem in Schwimmbädern und auf Bahnhöfen. Diese macho-islamistischen Gruppen betrachten unverhüllte Frauen als Freiwild.
- Schon längst haben wir in Europa islamistische Parallelgesellschaften oder, wie man neuerdings auch sagt, Gegengesellschaften – womit man zurecht betont, dass aus der Parallelität sukzessive eine Gegnerschaft wird, mit dem Ziel, die Gesamtgesellschaft im Sinne der eigenen Ideologie zu verändern. Am bekanntesten ist wohl der Stadtteil Molenbeek in Brüssel, aber auch Saint-Denis in Paris und Luton in Großbritannien sind abschreckende Beispiele. Wichtig ist hier auch anzumerken, dass in diesen Parallelgesellschaften häufig integrationswillige Zuwanderer unter Druck gesetzt werden, z.B. Frauen, das Kopftuch zu tragen.
- Auch wenn es in dem Artikel um Islamisierung geht, soll nicht unerwähnt bleiben, dass mit der Zuwanderung aus dem Mittleren Osten und Nordafrika neue Rassismen, Nationalismen und vor allem Antisemitismus importiert werden. So berichtete die "Welt" am 14.7.2014: »An die 100 Demonstranten zogen ... durch die Essener Innenstadt, skandierten Parolen wie "Allahu Akbar" und konnten nur von der Polizei daran gehindert werden, die Alte Synagoge in der Innenstadt anzugreifen. In der Nacht darauf erschallte der Ruf "Kindermörder Israel" in Bochum und zur selben Zeit hörte man in Gelsenkirchen " Hamas, Hamas - Juden ins Gas".«

All diese Entwicklungen machen den Bürgern Europas mit Recht Angst, denn es handelt sich um Einstellungen, besser gesagt um eine Ideologie, die ständig an Anhängern und Boden gewinnt – dies sowohl durch Zuwanderung wie auch durch die höhere Geburtenrate – nein nicht bei Migranten allgemein, wie man oft liest, sondern bei bestimmten Migranten, bei traditionellen, reaktionär denkenden Muslimen.

In einem Interview mit der Zeit am 10.12.2015 sagte Frankreichs meinungsführender Philosoph, Alain Finkielkraut: "Europa muss ... sich selbst behaupten, indem es seine Prinzipien und Sitten auf eigenen Boden unerbittlich durchsetzt."

Genau das ist einer der wesentlichen Ansatzpunkte, um diese Herausforderung für unsere kulturelle Identität und unsere Freiheit in den Griff zu bekommen.

- Von Zuwanderern muss erwartet werden, dass sie wegen unserer Art zu leben und weil sie sich mit unseren Werten identifizieren nach Europa kommen. Wer der Meinung ist, Frauen seien nicht gleichberechtigt oder anständige Frauen hätten sich zu verhüllen, der darf in Europa nicht willkommen sein. Wer in Wirklichkeit nicht in Europa sondern in Europas Parallelgesellschaften einwandern möchte, der ist nicht willkommen. Und auch das muss klar ausgesprochen werden: zum Willen, in Europa einzuwandern, gehört auch die grundsätzliche Bereitschaft zur Partnerwahl aus der Gesellschaft, in die man einwandert. Letztlich ist die Ablehnung von Vermischung, also von Assimilierung über Generationen hinweg – auch aus religiösen Gründen – nichts anderes als eine Form von Rassismus.
- Europas Prinzipien und Sitten auf europäischen Boden unerbittlich zu verteidigen, wie Finkielkraut sagt, erfordert mit anderen Worten, deren "unerbittliche" *Durchsetzung* auf unserem Territorium. Es muss also ein Druck aufgebaut werden, der letztlich nur die Wahl lässt, Europas Werte zu internalisieren oder eben Europa zu verlassen.

Wie kann dies umgesetzt werden? Gerade Bürgerliche und erst recht konservative Katholiken, auch viele CVer, werden radikal umdenken müssen – wenn sie all die vorhin beschriebenen Entwicklungen ablehnen. Ich schreibe diesen Satz deshalb, weil mir durchaus bewusst ist, dass es auch konservative

Christen gibt, die Vorstellungen der Islamisten bzgl. des Rollenbilds der Frau oder Ansichten über "Sitte und Moral" teilen. Und auch historisch betrachtet wurden heute allgemein anerkannte und geschätzte Rechte und Freiheiten (gerade auch bei uns Bürgerlichen), angefangen vom Recht auf Scheidung, über die Gleichberechtigung der Geschlechter bis hin zur Überwindung von Prüderie und Spießbürgermoral (wo man sich über jede noch so kurze Nacktszene in Filmen aufgeregt hat) von der gesellschaftlichen Linken gegen Kirchen, konservative Gruppen und Parteien erkämpft. Insofern ist es auch mehr als absurd, dass heute – außerhalb Frankreichs – die linken Parteien für die Bedrohung der von ihnen erkämpften Errungenschaften blind sind, sie ignorieren, negieren, bagatellisieren.

Nun, welche konkreten Maßnahmen müssen angesichts dieser Entwicklungen ergriffen werden?

Vorab zwei Feststellungen:

- Diese Herausforderung ist für Europa lösbar – wie auch die vielen anderen Herausforderungen, die ökologischen und die ökonomischen, in Europa und weltweit.
- Nur ein Maßnahmenbündel kann zur Lösung führen – ein abgestimmtes Maßnahmenbündel, das alle aktuellen Herausforderungen gemeinsam angeht.

Aus Platzmangel werde ich mich hier aber auf einige ausgewählte Maßnahmen beschränken, die speziell der *unerbittlichen Durchsetzung unserer Prinzipien* in Österreich und Europa dienen.

- Entscheidender Ansatzpunkt der Wertevermittlung muss jene Generation sein, die noch geistig flexibel ist – die Jugend. Damit werden Schule und Universitäten, wie in jedem bisherigen Kulturkampf, zum zentralen Ort der ideologischen Auseinandersetzung. Die Schulen müssen ein Hort der Aufklärung und der europäischen Identität werden, wo Europas Werte vermittelt werden, vor allem Freiheit und Geschlechtergleichberechtigung. Wertevermittlung und Erziehung im Geiste der Aufklärung müssen Unterrichtsprinzip werden.
- In einer solchen Schule hat dann auch die Verhüllungsideologie keinen Platz. Schleier und Kopftuch müssen für Lehrerinnen und Schülerinnen verboten werden – übrigens im Anschluss an die Schule auch an den Universitäten. Es muss auch klargelegt werden, dass eine Segregation muslimischer Mädchen nicht geduldet wird – sei es, dass sie am gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht oder an Schulausflügen nicht teilnehmen dürfen oder wollen, sei es, dass sie sich in Schwimmbädern absondern oder auf unzumutbare Badekleidung (Burkini) bestehen.
- Im Unterricht dürfen keine falschen Konzessionen gemacht werden, sodass gewisse Themen aus Angst vor der Ablehnung gewisser Lehrinhalte durch gewisse Schüler oder eine Mehrheit in der Klasse nicht angesprochen werden. Der Holocaust, der Völkermord an den Armeniern, Sklaverei nicht nur in Amerika sondern auch bei den Arabern oder die Evolution müssen ausführlich behandelt und Ablehnung mit Argumenten und Konsequenz begegnet werden.
- Um das umsetzen zu können – nämlich die Sozialisierung aller Schüler im europäischen Wertesystem – müssen Kinder aus patriarchalischen Familienstrukturen möglichst ganztägig aus diesen Strukturen herausgeholt und in gut gemischte Klassenverbände integriert werden, in denen sie nicht in der Mehrheit sind. Daher ist die Ganztagschule – und zwar die verpflichtende und verschränkte Ganztagschule zur unabdingbaren Notwendigkeit geworden.
- Nicht nur die Mindestsicherung, auch das Kindergeld muss reformiert werden. Es ist unklug, durch hohes Kindergeld Großfamilien mit islamistischem Hintergrund und deren weiteren Zuzug zu fördern. Für die Mindestsicherung bedarf es einer Obergrenze pro Haushalt und auch das Kindergeld sollte bei drei bis vier Kindern gedeckelt werden.
- Stattdessen sollten die frei werdenden Mittel in den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung ab dem Kleinstkindalter investiert werden. Länder wie Frankreich oder Schweden zeigen, dass dies, gemeinsam mit der Ganztagschule, die wirksamste Maßnahme zur Steigerung der Geburtenrate der säkularen Bevölkerungsmehrheit ist. Vor allem für gut ausgebildete junge Frauen ist die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf das entscheidende Kriterium, nicht die Höhe des Kindergeldes.

- Schließlich ist auch der verpflichtende Kindergarten vor Schuleintritt eine wichtige Maßnahme, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten zu fördern und für ein akzeptables Sprachniveau bei Schuleintritt zu sorgen. Schon im Kindergarten muss eine europäische Identität vermittelt werden. Kindergärten, die eine islamistische Weltanschauung vermitteln, wie es sie in Wien in größerem Ausmaß gibt, erfüllen nicht nur nicht den Zweck der Kindergartenpflicht – sie sind vielmehr integrationsschädlich. Primär muss daher die öffentliche Hand als Kindergartenbetreiber fungieren.
- Da der Verhüllungsideologie konsequent – auch mit Aufklärungskampagnen – entgegengetreten werden muss, darf es keine verbotene Diskriminierung sein, wenn Arbeitgeber verhüllte Frauen nicht einstellen. Dies ist vielmehr im Sinne der Ablehnung und Bekämpfung der Verhüllungsideologie hilfreich – weil dadurch der Anpassungsdruck erhöht wird. Die Gesetze wären entsprechend zu ändern.
- Die Verschleierung des Gesichts sperrt Frauen in ein Stoffgefängnis, sie nimmt ihnen die Identität und ist menschenverachtend. Niqab und erst recht die Burka sind zwar in Mitteleuropa noch nicht weit verbreitet, die Trägerinnen werden aber von Jahr zu Jahr mehr. Im Sinne von "wehret den Anfängen" muss sie generell im öffentlichen Raum verboten werden. Viele machen es auch freiwillig, argumentieren da manche. Die Schriftstellerin Zoë Jenny hat da vor kurzem ein richtiges Argument im Standard gebracht: Auch wenn jemand freiwillig Sklave sein will, ist das kein Argument für die Zulassung der Sklaverei.
- Viele Menschen außerhalb Frankreichs haben nicht verstanden, warum diesen Sommer französische Gemeinden versucht haben, den Burkini zu verbieten – sind diese Frauen doch noch die "liberaleren" innerhalb der streng muslimischen Community. Das mag stimmen – doch hier geht es darum, dass mit der Ausbreitung des Burkinis ein weiterer öffentlicher Raum, Europas Strände und Bäder, durch eine reaktionäre Ideologie erobert wird. Auch Nacktbaden ist, mit Ausnahme abgegrenzter FKK-Strände, als öffentliches Ärgernis verboten. Der Burkini ist ebenfalls ein öffentliches Ärgernis und muss mit derselben Konsequenz an Stränden und in Bädern verboten werden.

Zum Abschluss sei noch ein oft gebrachtes Argument entkräftet, man müsse doch anziehen können, was man will, Menschen und vor allem Frauen vorzuschreiben, wie sie sich anziehen müssen, sei strikt abzulehnen. Dieses Argument ist grundfalsch. Denn in keiner Gesellschaft, nirgendwo auf der Welt, kann man anziehen, was man will. Es ist nicht erlaubt, im Badegewand oder gar in Unterwäsche durch die Stadt zu gehen – wer das macht, wird mit der Polizei Bekanntschaft schließen. Und es gibt auch in vielen Berufen Kleidungs Vorschriften, Krawatte, keine Jeans ... Wer sich nicht daran hält, kann den Job verlieren, und keine Gleichbehandlungskommission wird ihm/ihr helfen.

Manchen von uns mag es schwer fallen, sich mit Ganztagschule, Kinderkrippen oder der Deckelung der Familienbeihilfe anzufreunden. In den 70er-Jahren machten Konservative gegen die "Zwangstagschule" mobil und die Forderung, dass Mütter möglichst lange beim Kind bleiben sollen, die Forderung nach höheren Familienbeihilfen, kombiniert mit einer stärkeren Förderung der Mehrkindfamilien, bis hin zur Forderung nach einem "Müttergehalt" waren Kernforderungen konservativ-christlich-sozialer Kreise. Doch die Zeiten haben sich geändert. All diese Strukturen fördern konservativ islamische Parallelwelten, während die Geburtenrate der Stammbevölkerung massiv gesunken ist. Wenn wir diesen Herausforderungen gerecht werden wollen, müssen wir ideologische Positionen, die Lösungen abträglich sind, über Bord werfen. ÖVP, CV und das "bürgerliche Lager" müssen heraus aus den ideologischen Gräben der 70er Jahre!

Mag. Karl Koller, Merc, Nc, Jahrgang 1962, 1988-1992 Generalsekretär des ÖCV; gründete im Dezember 2003 Nova Europa-Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik und war deren Obmann bis Juni 2015. Seit diesem Zeitpunkt ist er einer der drei Präsidenten der Bewegung, gemeinsam mit dem früheren Vizekanzler Josef Riegler und dem früheren Zweiten Präsidenten des Nationalrates, Univ.-Prof. Heinrich Neisser, Rd.
<http://nova-europa.eu>